

Erscheint
jeden Mittwoch u. Sonn-
abend. Bestellungen wer-
den angenommen bei al-
len Postämtern des In-
und Auslandes sowie bei
der Expedition dieses
Blattes (F. L. Wagners.)

Die Wage.

Preis bei den Fürstl.
Thurn u. Taxischen Post-
ämtern 17 Sgl. 6 Pf.
vierteljährlich.

Anzeigen werden berech-
net: unter 5 Zeilen mit
2/3gr. 6.5 von 5—10 Zeilen
5/6gr. über 10 Zeilen à 6 S.

Zeitschrift zur Besprechung der Angelegenheiten des Volkes.

Redakteure: Karl Vette und Carl Volckhausen in Detmold,
Eustav Adolf Wolff in Lemgo.

*Tagesereignisse.

Frankfurt wird uns für die nächste Zeit am meisten beschäftigen: Die constituirende Nationalversammlung tritt am 18. d. M. zusammen. Sie wird einen schweren Stand haben, nicht allein dem Volke, sondern auch dem Bunde gegenüber. Das Volk hat letzteren aus Gnade und Barmherzigkeit bestehen lassen, nachdem es die Entfernung derjenigen Gesandten, welche zu den bekannten volksverrätherischen Beschlüssen mitgewirkt haben, durchgeführt hatte, — man konnte nun wol der Hoffnung leben, daß sich derselbe gegen das souveräne Volk Deutschlands fein artig benehmen würde. Aber weit gefehlt. Der Bundestag nimmt die Miene an, als sei er noch die Macht, welche das deutsche Volk zu beherrschen berechtigt sei. Er hat einen — nicht für die Öffentlichkeit bestimmten — Beschluß am 4. d. M. gefaßt, der die Nationalversammlung als eine constituirende, und das deutsche Volk als ein souveränes nicht anerkennen will. Der Bundestag hat durch diesen Beschluß, der auf Weikers, des ehemaligen Rabicallen, Anregung gefaßt worden ist, ein Triumvirat gegründet, um, »der Nationalversammlung gegenüber für den Fall, daß sie sich wirklich als constituirende betrachten, den Weg des Vertrags mit den Fürsten verschmähen und ihnen eine Verfassung zu octroyiren suchen sollte, eine kräftige Vertretung der Regierung zu besitzen, da eine solche Vertretung weder durch den Bundestag selbst, noch auf andere Weise ohne sehr bedenkliche Uebelstände zu erreichen wäre.« Da haben wir's. Der Bundestag, d. i. die Versammlung der fürstlichen Gesandten, will, daß das deutsche Volk bei Feststellung der Verfassung des Gesamt Vaterlandes sich an die Fürsten kehre. Der fünfzigjährige Ausschuß hat schon hiergegen protestirt und mit vollem Recht: denn das deutsche Volk ist souverän; es kann sich, ohne auf die Fürsten Rücksicht zu nehmen, eine Verfassung geben, welche es will. Die republicanische Partei hatte daher wol nicht ganz unrecht, als sie die Aufhebung des Bundestags verlangte, denn dieser will selbst in seiner gegenwärtigen Stellung, noch immer das große Wort führen und das deutsche Volk beherrschen.

In Oestreich weiß die Regierung eben so wenig, als anderswo, was sie thun soll. Sie hat den Kopf verloren und thut eher nichts, als bis sie vom Volke dazu gezwungen wird. Das Volk hat die Abdankung des Minister Fiquelmont, den Erlaß des Wahlgesezes, die Errichtung eines Arbeiter-Ministeriums, den Nachlaß des Censur für die 2te Kammer, die Einberufung des constituirenden Reichstags gradezu erzwungen. Und so geht es mit Allem. Ungarn hat sich selbstständig gemacht. Ein eignes Ministerium, welches die Verwaltung für Ungarn bildet, ist ernannt. Ungarn hat in Wien seinen Gesandten, und ist mit Oestreich nur insofern vereinigt, als der Kaiser von Oestreich zugleich König von Ungarn ist. Das ungarische Volk verlangt die Zurückziehung der Ungarn aus Italien, weil es die Unterwerfung der Italiener nicht will. — Siebenbürgen will sich mit Ungarn vereinigen. Den Deutschen, Sachsen genannt, wird das sehr unangenehm sein. — In Krakau erhuben sich die Polen gegen die

Oestreicher, aber ohne Erfolg. Die Polen wurden wieder unterdrückt.

In Preußen treten die Männer des Rückschritts täglich unverschämter auf. Namentlich ist es das Militär, das sich in den neuen Zustand nicht fügen will. In Prier hat das 26ste Regiment Veranlassung zu Unruhen gegeben. Auch an andern Orten tritt das Militär gegen die Bürger auf. Das Berliner Ministerium wird sich binnen kurzem um allen Kredit gebracht haben: — es hat auf die Rückkehr des verhafteten Prinzen von Preußen angetragen. Das Volk will aber diesen Menschen nicht wieder in Berlin haben und hat daher gegen diesen Beschluß protestirt und verlangt, daß er widerrufen würde. — Was aus diesem Conflict mit der öffentlichen Meinung geworden ist, wissen wir noch nicht. Die nächste Nummer wird hierüber weiteres berichten. — Die Polen unter Miroslawski haben auf das Zureden Frankreichs die Waffen niedergelegt.

Den 16. Mai 1848.

Die lippische Regierung, — und zwei Vorschläge an das Volk.

In dieser Revolutionszeit, wo das Volk eine ungewöhnliche Kraft entwickelt hat, darf man auch von den Regierungen verlangen, daß sie den alten Schlenrian verlassen, sich einen richtigen Begriff von ihrer Aufgabe machen, und sich anstrengen, diese zu erfüllen. Nur die Besten und Tüchtigsten sind würdig ein freies Volk zu regieren, und eine constitutionelle Regierung muß nicht nur der Ausdruck des Volkswillens sein, sondern auch, wo es noththut, diesen Willen anregen, auf würdige und nothwendige Ziele hinführen; sie muß, mit einem Worte, vorangehn und selbst zuerst alle Bahnen zur vernünftigen, menschlichen Ordnung des Staatslebens eröffnen, anstatt sich von dem Drang der Zeit und den Forderungen des Volks unwillig und träge Schritt für Schritt fortstoßen zu lassen. Sie muß sich also ganz wesentlich von der lippischen Regierung unterscheiden, und die lippische Regierung wird sich zu besseren Begriffen und richtigerem Willen bekehren müssen, wenn sie dem Volke nützen und ihren Platz mit Ehren länger behalten will. Von der alten Zeit vor der Revolution, als sie sich hinter die großen Staaten verkroch und von ihnen in's Schlepptau nehmen ließ, wollen wir billig schweigen; aber seit dem März bis jetzt hat unsre Regierung freie Hand gehabt, das Gute zu thun; ja, wenn es ihr an Erfindungsgabe mangelte, brauchte sie sich nur in Deutschland umzusehen und das Gute nachzuahmen. Sie konnte direkte Wahlen anordnen, wie Württemberg; sie konnte das von mehreren Staaten eingeführte richtige Pressegesetz von vier Artikeln dem Landtage proponiren, statt eins aus der Kammerkammer der ersten badischen Oppositionsversuche zu holen; eine ganze Reihe von vernünftigen Maßregeln, die in kleinen und großen deutschen Staaten ergriffen waren, sind von ihr unbeachtet geblieben. Wenn man ihre Schritte seit dem März verfolgt und alle Entschuldigungsgründe erwägt, so wird man doch zu dem unerfreulichen Endurtheil kommen: daß unserer Regierung, deren »guten Willen« niemand bezweifelt, die rechte Einsicht in die Forderungen unserer Zeit,

in die Lage Deutschlands und des lippischen Staats, und endlich das wahre Verständniß ihres hohen Berufs noch fehlt. Sie hat nichts erfunden, als eine neue Melodie, nach deren Takte sie dem alten Schlandrian folgt.

Ohne Zweifel hat die Regierung in einem Punkt das Rechte getroffen, wenn sie nämlich meint: daß es nicht ihr Beruf ist, den ganzen lippischen Staat auf eigne Hand neu gestalten zu helfen, und daß unsre Angelegenheiten zum großen Theil in Frankfurt erst verhandelt und entschieden werden müssen. Denn freilich wollen wir die Beschlüsse des Parlaments anerkennen, wir wollen nicht nur die Grundrechte des Volks, die dasselbe garantiren wird, in unsere künftige Verfassung aufnehmen, sondern auch in Bezug auf Gesetzgebung und Gerichtsverfahren, Heerwesen und Zollwesen, Münze, Maas, Gewicht u. s. w. unser lippischer Staat ein Glied in der deutschen Einheit sein. Ueber die Einrichtung dieser und anderer Sachen kann die Regierung also nichts beschließen, sondern wir müssen abwarten. Aber das tadeln wir aufs schärfste: daß die Regierung, mit einiger Ausnahme des provisorischen Gesetzes über die Bürgerwehr, nicht die nothwendigen Vorbereitungen zu jenen Einrichtungen trifft, daß sie, wie ihr in diesen Blättern schon öfter mit Recht vorgeworfen ist, ruhig im alten Schlandrian weiter regiert, als wenn alles so bleiben würde; daß sie nicht Rücksicht auf die Veränderungen nimmt, die jeder einsichtsvolle Politiker schon jetzt voraussehen kann. Anstatt die gegenwärtige verhältnißmäßig ruhige Zeit zu benutzen, um das Volk allmählig zu einer so großen Umgestaltung vorzubereiten und die neue Ordnung der Dinge im Leben und in den Gemüthern der Menschen wenigstens anzubahnen, freut sie sich dieser trügerischen Ruhe und hält sich das Neue so lang als möglich fern. Sie fürchtet sich vor neuer Aufregung und scheint auf die Schlaftrugigkeit der Lipper zu rechnen, aber sie bedenkt nicht, daß bei einer plötzlichen Umgestaltung, die in sehr stürmische Zeit fallen kann, die Aufregung weit gewaltfamer zu sein pflegt, und, daß der größte Theil der lippischen Staatsangehörigen in einer Lage ist, in welcher sie wenig verlieren können, aber viel zu gewinnen hoffen bei der neuen Ordnung. Die Regierung verhält sich, als wenn es in Lippe keine Proletarier gäbe, oder als wenn diese Proletarier nie zum Bewußtsein ihres Elends und zur Forderung eines besseren Zustands sich erheben würden. Sie freut sich, daß die gewerbetreibende Klasse, daß die Arbeiter und Gesellen sich noch ruhig verhalten — statt daß sie an die nothwendigen Veränderungen denken sollte, welche in mehr als einer Hinsicht durch die deutsche Bewegung und durch das Parlament auch in diesen Verhältnissen hervorgebracht werden müssen.

(Fortsetzung folgt.)

Detmold, den 11. Mai 1848.

Fast überall in ganz Deutschland haben sich Vereine zur Besprechung und Erörterung der jetzt obschwebenden wichtigsten allgemeinen Fragen gebildet. Die Mitglieder wollen sich durch Austausch ihrer Ansichten in freier volksthümlicher Redeweise Klarheit über die politischen und socialen Verhältnisse der Jetztzeit zu verschaffen suchen, sie wollen aber auch — und das ist keineswegs gering anzuschlagen — ihre gegenseitigen Ansichten, Gesinnungen kennen lernen, damit sie bei späteren Acten des öffentlichen Lebens, z. B. bei Wahlen, gleich wissen, woran sie sind und wem sie ihre Stimmen zu geben haben.

Auch in Detmold ist ein solcher Verein in's Leben getreten. Man hat ihn »Bürgerverein« genannt, jedoch darf diese Bezeichnung nicht mißverstanden werden. Die Mitgliedschaft soll nämlich nicht bloß auf die Bürger der Stadt beschränkt werden, sondern jeder selbstständige Staatsbürger, der sich für den Staat interessiert, der fähig ist, Belehrung zu ertheilen über manche schwierige Frage der Gegenwart, oder auch nicht zu halbsüchtig ist, um Belehrung von Andern anzunehmen, wird in den Versammlungen des Vereins willkommen geheißen.

Es finden diese jeden Montag Abends 8 Uhr auf dem Rathhause statt, und gegen 300 Mitglieder haben sich bis jetzt schon daran betheiliget. Zur vorläufigen Leitung der Angelegenheiten des Vereins, bis zu dessen vollständiger Organisation, nämlich zur Entwerfung von Vereins-

statuten, ist ein Vorstand gewählt worden, bestehend aus einem Präsidenten (Prof. Schierenberg), einem Vicepräsidenten (Advocat Wette), dann einem Schriftführer (dem Unterzeichneten), und 6 Ausschussmitgliedern (Schuhmacher D. Grote, Goldarbeiter Hüpeden, Schuhmacher Hilker, Kaufmann Cronmeyer, Kaufmann H. C. Meyer, Advocat K. Viderit).

In der Versammlung des Vereins am 1. Mai d. J. wurde auf Vorschlag des Schneidermeisters Aug. Pieper darüber gesprochen, welchen Mann der Verein für den würdigsten halte, Oberbefehlshaber der ganzen lippischen Bürgerwehr zu werden. Man glaubte allgemein, daß nur ein solcher Mann diesen wichtigen Posten bekleiden dürfe, welcher die nöthigen militärischen Kenntnisse, Muth, Ruhe und Besonnenheit besitze, der Liebe zu seinen Mitbürgern hege, der namentlich — und das wurde als die Hauptsache bezeichnet — das Vertrauen des Volkes habe und auch deshalb verdiene, weil er hinsichtlich seines politischen Glaubensbekenntnisses ganz auf Seiten des Volks stehe, der im wahren, edlen Sinne des Worts ein Mann des Volks sei. Eine bedeutend überwiegende Majorität des Vereins erklärte sich dahin, daß diese Voraussetzungen bei dem Lieutenant Falkmann eintreten und er als der würdigste zu erachten sei, Oberbefehlshaber der lippischen Bürgerwehr zu werden.

In der letzten Versammlung des Vereins am 8. Mai d. J. wurde auf Antrag des Advocats Wette der die künftige deutsche Reichsverfassung betreffende Gesetzesentwurf, welcher von den Vertrauensmännern — d. h. von den 17, Seitens der einzelnen Regierungen dem Bundesstag beigesetzten Männern — ausgegangen ist und namentlich die Herren Professoren Dahlmann und Gervinus zu Verfasser haben soll, zum Gegenstande einer Besprechung gemacht. Diese breitete sich, ohne schon auf die einzelnen §§ einzugehen, vorerst über einige allgemeine Punkte aus.

Nachdem vom Literaten Theod. Althaus in einem einleitenden Vortrage auf einige der Hauptmängel, woran ihm der Entwurf zu leiden scheine, namentlich große Unbestimmtheit im Ausdruck, aufmerksam gemacht und erinnert war, daß in demselben die Souveränität des Volks, welche als Errungenschaft der deutschen Revolution nicht hinweggeläugnet werden könne, nicht nur unerwähnt geblieben, sondern erweislich direct nicht anerkannt sei, sprach sich die Versammlung einstimmig dahin aus, daß die Volkssouveränität als oberstes Princip an die Spitze der zukünftigen deutschen Reichsverfassung zu setzen sei.

Die Frage, ob das zukünftige Oberhaupt Deutschlands ein erbliches, lebenslängliches oder auf kürzere Zeit erwähltes sein solle, wurde von der Mehrheit der Redner (Theod. Althaus, Adv. Wette, Schuhm. D. Grote, Advocat K. Viderit, Gymnasiallehrer Volkhausen) dahin beantwortet: Kein erblicher Kaiser, sondern nur ein auf kürzere Zeit gewählter Präsident dürfe ihrer Ansicht nach Deutschlands Oberhaupt werden.

Als Gründe hierfür wurden namentlich folgende, ganz kurz hier zu referirende, angeführt: An der Spitze Deutschlands müsse ein Mann stehen, der dieser Stellung gewachsen, der tüchtig sei, diesen so unendlich wichtigen Posten zu bekleiden. Die bloße fürstliche Geburt verleihe den Fürsten nimmermehr von vorn herein die dazu nöthige geistige Tüchtigkeit. Das zukünftige Oberhaupt sei der erste Beamte des souveränen deutschen Volks, letzterem sei er verantwortlich für Handlungen und Unterlassungen. Einen Kaiser, der die Verantwortung auf die Schultern eines armen Ministers wälze und selbst stets frei ausgehe, könne Deutschland nicht gebrauchen. Daher kein erbliches Kaiserthum! Daher möge man nicht einmal bei der Wahl eines Präsidenten die Blicke nur auf Inhaber der Fürstenthrone lenken, sondern dabei nur die Befähigung des zu Wählenden als maßgebend betrachten. — Sodann habe Deutschland schon 35 Fürsten zu ernähren, warum deshalb noch einen Fürsten hinzunehmen, der mehr, als irgend einer der Uebrigen, jedenfalls mit Allem, was drum und drann baumele, viele Millionen kosten werde, während für einen Präsidenten etwa 30,000 Mthlr. Gehalt genügen?

Professor Schierenberg und Cantor Sauerländer:

Die Einheit Deutschlands sei vorzüglich ins Auge zu fassen, deshalb könne obige Frage nicht jetzt gleich definitiv entschieden werden, sondern der Weg sei einzuschlagen, welcher sich später als der für die Erhaltung jener geeignetste herausstelle.

Für ein erbliches Kaiserthum sprach der Kammerdirector Nobbendorf. Man wolle ja — so sprach er dem Sinne nach — die Fürstenthone in den einzelnen Bundesstaaten bestehen lassen und müsse deshalb auch einen recht festen deutschen Kaiserthron für alle Zeiten erbauen. Es wurde ihm erwidert, daß die zu begründende Verfassung Deutschlands sich nicht nach den bestehenden einzelnen Verfassungen richten müsse, sondern umgekehrt, diese nach jener umzuformen seien. Nicht der historische Boden solle allein die Basis für die Reichsverfassung sein, sondern vor Allem das Princip der dem Volke zustehenden Machtvollkommenheit im Staate.

Tagesordnung für die nächste Versammlung des Bürgervereins am 15. d. M.

- 1) Berathung eines Entwurfs der Vereinsstatuten.
- 2) Besprechung über eine Eingabe des hiesigen Bruderrathes, die Tagelöhnerarbeit der Corrigenden des Strafwerkhauses betreffend.
- 3) Erörterung der Frage: Welchen Einfluß hat die allgemeine Freizügigkeit in Deutschland auf die gewerblichen Verhältnisse in den einzelnen Staaten.
- 4) Fortsetzung der Debatte über den Gesetzentwurf bezüglich der deutschen Reichsverfassung.

D. Dresel,

Schriftführer des Bürgervereins.

Erklärung.

Zu den schlechten Mitteln monarchischer Reaction, welche sich nicht entblödet, die aus Begeisterung für Volk und Volksfreiheit geschehene republikanische Schilderhebung auf das Nichtwürdigste zu verläumdern, jener Reaction, die nur den niederen Leidenschaften des Eigennutzes, der Furcht und Aufopferungs-Unfähigkeit schmeichelt — zu jenen schlechten Mitteln gehört vor allen die boshafte und schändliche Erfindung, als sei General Gagern meuchlings gefallen. Wiederholt erzähle ich den Hergang, wie er sich wirklich zugegetragen hat, und appellire an die Ehrenhaftigkeit der Augenzeugen, an die Ehrenhaftigkeit, welche ein Feind dem andern schuldig ist, damit sie die Wahrheit meiner Behauptung bestätigen. Als unsere Colonie von Kändern auszog, saßte sie auf den Höhen dicht vor Kändern Posto. Ich stand bei einem Fähnlein am Berge, als mir zugerufen wurde, Gagern wünsche mich zu sprechen. Ich begab mich auf die Straße, wo mir ein Cavallerie-Lieutenant, ich meine Kiefer, vom Dragoner-Regiment in Bruchsal, entgegenkam und diese Mittheilung wiederholte. Ich stieg den Weg herab, begleitet von mehreren republikanischen Anführern, und traf mit Gagern auf der Mitte einer von der Stadt Kändern besindlichen Brücke zusammen, wo er mich anredete: »Sie, d. h. die Republikaner, müssen die Waffen niederlegen, was ich natürlich ablehnte; darauf fuhr er fort: »Sie sind ein geschiedter Mann, aber ein Fanatiker, worauf ich erwiderte: »Wenn die Hingebung für die Befreiung eines großen Volks Fanatismus ist, dann mögen Sie diese Handlungsweise also bezeichnen, dann giebt es aber auch einen Fanatismus auf der andern Seite, dem sie dienen; übrigens bin ich nicht hier, um hierüber zu streiten, sondern frage, ob sie mir sonst etwas mitzutheilen haben.« — Hierauf entgegnete er mir: »So werde ich mit aller Strenge gleich einschreiten« worauf ich erwiderte: »Und wir werden einem Angriff zu begegnen wissen. Ubrigens werden sie uns (die Anführer) zuvor zu unserm Corps zurückkehren lassen;« worauf er erwiderte: »Allerdings.« Nach diesem Zwischengespräch rief mir ein badischer Stabs-Officier (Kunz, wenn ich nicht irre) noch zu: »Ich beschwöre Sie, stehen Sie ab.« Damit hatte das Parlamentiren und der erste Akt der Handlung ein Ende. — Wir verließen nun unsre Position vor Kändern, sammelten unser Corps auf der Straße und marschirten vorwärts bergauf, ungefähr dreiviertel oder eine Stunde Zeit. In einiger Entfernung marschirten uns die Linientruppen, die Hessen voran, nach. So gelangten wir, nachdem also zwischen der Unterredung auf der Brücke drei Viertel bis eine

Stunde verflossen war, auf die höchste Spitze des Berges, von wo dann die Straße sich bei Schlechtenhaus stets bergab gegen Steinen zieht. Hier mußten wir Position fassen, dann zogen wir bergab und ließen den Feind die Höhe fassen, so konnte er uns von oben herab mit Geschütz-, Musketen- und Cavallerie-Chargen leicht werfen. Als die uns nachrückende Linie sah, daß wir Halt machten, hielt sie ebenfalls an und wir stellten uns nun folgendermaßen auf: Ein Fähnlein rechts an der Straße (von Kändern aus gedacht), ein Fähnlein links, ein Fähnlein quer über die Straße, rechts von ihm am Waldrande sämtliche Sennen und hinter dem ersten Fähnlein rechts von der Straße im Gebüsch die Reserve; zu beiden Seiten der Berghänge die Scharschützen. Die Gerner standen so, daß das heilige Fußvolk voran stand, wie man denn wohlweislich vermieden hatte, uns badische Truppen gegenüber zu stellen. Die Republikaner empfingen nun diese mit einem Zurufe, schwenkten die Mützen oder Hüte, riefen: »Kein Bürgerblut vergießen, Ihr seid unsere Brüder, es lebe die Freiheit, tretet in unsere Reihen!« und gleichzeitig traten aus unseren Reihen Männer vor, streckten die Hände aus, und schon traten aus den vorderen Reihen der Hessen 8 — 10 Soldaten vor, offenbar in der Absicht friedlicher Begegnung. Als dies bemerkt wurde, ritt Gagern vor, einer oder mehrere Ober-Officiere begaben sich ebenfalls vor. Die Soldaten traten in die Reihen zurück, nachdem er ihnen etwas zugerufen hatte; Feuer wurde commandirt, ein Peloton-Feuer erfolgte, und nun erst schoß man republicanischer Seite; hätten wir zuerst schießen lassen, so wäre der Erfolg nicht zweifelhaft gewesen, denn es ist etwas ganz Anderes bei kriegsgewohnten Truppen die erste Salve geben oder die erste Salve ruhig abwarten. Erst nachdem nun gagern'scher Seite gefeuert worden, feuerten unsere Leute; es fiel Gagern, und fast gleichzeitig mit ihm fielen noch andere verwundet oder todt, das konnte ich nicht unterscheiden. Es ist also eine wahre Schändlichkeit, behaupten zu wollen, Gagern sei beim Parlamentiren erschossen worden, und kein Ehrenmann, mag er auch mein politischer Feind sein, wird je glauben, daß Republikaner, daß ich fähig sei, einen Meuchelmord auch nur durch Zusehen zu gestatten, geschweige ihn zu verhehlen oder zu vertheidigen; dafür bürgt mein ganzes Leben. Gewissenlos muß ich es aber nennen, wenn der Funziger-Ausschuß zu Frankfurt a. M., wenn dessen Vorstand, v. Seiron, welchem sich noch ein besonderes Capitel widmen werde, so leichtfertig diese schändliche Anschuldigung als wahre Thatsache annimmt und darauf hin proclamirt. Von Hrn. Baron v. Seiron, der selbst noch in Offenburg im Gasthause auf die Republik Toaste ausbrachte, und mich lange genug kennt, um zu wissen, daß Meuchelmord weder eines ehrlichen Mannes, noch eines Republikaners, noch mein Handwerk ist, von ihm hätte man wenigstens erwarten dürfen, daß er mir nicht eine Erklärung mit seinem Namen in die Welt schickte, die eben so grundlos als schmächtig ist. Ich hatte erwarten dürfen, daß man eben so wenig an eine Tödtung beim Parlamentiren glaube, als ich daran, daß die Familie v. Gagern 40 Banditen gegen Struve und mich gedungen habe. Das Maß der Frechverläumderischen ist aber voll mit der angeblich protokolllarischen Erklärung eines gewissen Soldaten Trauttmilch in der »Carlsruher Zeitung«, wonach ich sogar gegen Gagern ein Pistol abgeschossen hätte. — In dem ganzen Feldzuge kam ich nie, das brachte schon meine Stellung mit sich, in die Lage, den Säbel und die Pistolen auch nur zu zucken oder anzulegen, geschweige denn davon Gebrauch zu machen. Um aber das völlig Nichtwürdige dieses angeblichen Deponenten in das Licht zu setzen, bemerke ich, daß die Badener hinter den Hessen standen, vor mir das Fähnlein rechts vom Wege, ich selbst vor diesem Fähnlein noch rückwärts gegen den Wald, dem Seitenfeuer der Hessen ausgesetzt, so daß ein badischer Soldat gar nicht sehen konnte, was vorne bei dem Hessen vorging. Ich bin es seit überzeugt, dieser Gefelle ist nicht im Stande, den Platz zu beschreiben, auf welchem ich stand, und doch ist es ein sehr leicht zu beschreibender. Ich erkläre auf mein Wort, daß die Anschuldigung eine infame Verleumdung ist, als hätte ich ein Pistol auf Gagern abgedrückt. Ich zweifle nicht, daß es gemeine Seelen genug geben wird, welche in Wort und Schrift die republikanische Sache mit Tadel und Seiser

zu bewerfen unternehmen; am meisten solche, die noch vor wenigen Wochen selbst die wüthendsten Fürstentöchter waren: von Hof- und Staatsrathen und anderen Geschöpfen nicht zu reden. Ich werde diesem monarchischen Epheu und seinem vae vietis nicht antworten, es genügt an dieser Erklärung.

Dr. Friedrich Hecker.

•• **Sameln**, den 13. April. Folgende Adresse ist heute vom hiesigen Handwerker-Verein an den in Berlin abgesandt:

An unsere hochherzigen Brüder zu Berlin!

Wenige Jahre sind erst verflossen, seit sich überall im deutschen Vaterlande Vereine bildeten, um den Geist der Eintracht, eines regen politischen Lebens auch unter den Handwerkern hervorzurufen. Wir hatten Bedrückungen von den Regierenden zu erdulden, Hindernisse, die uns in den Weg gelegt wurden, hinwegzuräumen, doch ein schöner Erfolg wartete unser. Unsere Arbeit ist nicht vergeblich gewesen, denn auch die Handwerker haben redlich für Deutschlands Freiheit gekämpft. Von Paris, wo durch den Muth und die Aufopferung der Arbeiter die Freiheit erkämpft wurde, hat sich die Völkerrevolution wie ein brausender Strom, der die Eisrinde zerbrochen, über alle Nachbarstaaten verbreitet. Doch sie ist ein Vorbote des nahen Frühlings, der reichlich den Schaden ersetzen wird, den die Wogen anrichteten. Der 18. und 19. März sind zwei wichtige Tage in der Geschichte des deutschen Vaterlandes zwei unvergessliche Tage, da dort nach dreißigjähriger Knechtschaft der Grund zur deutschen Freiheit gelegt wurde. Aber wer hat denn diese Freiheit erkämpft. Nicht die Adligen, die ihre Vorrechte und Würden dem Wohle des Volkes nicht aufopfern wollten, nicht die Geldmänner, die in kleiniger Furcht für Hab und Gut sich nur an den Bewegungen betheiligten, um sie zu hemmen. Deutschland verdankt seine Freiheit dem eigentlichen Kerne des Volkes, es verdankt sie der deutschen Jugend. Ja die deutsche Jugend auf Universitäten, in Werkstätten und Fabriken hat Deutschlands Freiheit erkämpft; aber an die Spitze der Jugend haben sich würdige Männer gestellt, Männer wie Ihr, die jahrelang für das Vaterland gearbeitet, nun auch Euer Gut und Blut auf den Altar des Vaterlandes niedergelegt habt. Deutschland verdankt seine Freiheit Männern, wie Hesse, Jung und die andern, wenn auch Entfernten, doch geistig Nahen heißen mögen. Ihr habt nicht nur Preußen die Freiheit errungen, sondern dem ganzen Deutschland, denn Ihr habt Eure entfernten Brüder durch Eure Sympathien, Eure heldenmüthigen Beispiele gestärkt, bei ihren gerechten Forderungen zu verharren; Ihr habt den Despot gezeigt, wie unhaltbar die Soldateska, die Stütze ihres Absolutismus ist gegen ein Volk, das für seine Freiheit kämpft, und sie dadurch gezwungen uns gleich zu gewähren was wir uns sonst mit den Waffen in der Hand gefordert hätten. Aber auch einem fremden Volke, den Polen, habt Ihr den Weg zur Freiheit gebahnt durch Eure heldenmüthige Tapferkeit. Mögen es die Polen nie vergessen und undankbar die Waffen gegen ihre Befreier kehren, sondern den Anspruch des wackern *Mir o lawski* bewahren: Ohne Polen kein Deutschland, ohne Deutschland kein Polen.

Nun aber edle Brüder laßt Euch die Früchte Eurer Revolution nicht entreißen, sondern baut fort auf dem Grunde deutscher Freiheit, den ihr gelegt habt; verbreitet die Ideen der Freiheit und des Rechts immer mehr über das ganze Deutschland, errichtet an allen Orten Eure segensreichen Vereine, wo die Arbeitenden mit den Studirenden vereint an dem Wohle des Volkes bauen. Wirkt redlich daran, daß die Ideen von der Organisation der Arbeit, vom unbeschränkten Wahlrecht, von der alleinigen Souveränität des Volkes trotz den Hindernissen der Geldmänner ausgeführt werden, damit die bleichen Gesichter der hungernden Brüder nicht in einsamen Nächten unsre Gewissen beängstigen, oder ein furchtbarer Bürgerkrieg unser Vaterland verwüste. Strebet vielmehr mit ganzer Seele, daß die Zeit bald komme, wo jeder Deutsche mit Hochgefühl auf sein Vaterland blicken kann und der Traum vom freien einigen Deutschland zur Wahrheit werde.

Anzeigen.

Für einen bedeutenden herrschaftlichen Garten wird ein Gärtnerlehrling von guter Herkunft und unbescholtem Rufe gesucht, welcher sofort eintreten kann.

Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Colonia.

Feuer-Versicherungsgesellschaft in Köln.

Ein Auszug aus dem Protokolle der am 29sten v. Mts. stattgehabten General-Versammlung liegt bei den unterzeichneten Agenten zur Mittheilung an Jedem, der sich für die Anstalt interessiert, bereit.

Detmold u. Lemgo im Mai 1848

J. C. Schierholz,

A. E. Thaler.

Oerlinghauser Bleiche

empfohlen durch

J. B. Tölcke Sohn.

Frage und Bitte eines Bewohners der Friedrichstraße in Detmold.

Ist es erlaubt, daß, wie jetzt fast täglich zu hören ist, in der unmittelbaren Nähe der Stadt (Friedrichstraße) geschossen wird? Wo nicht, so wolle die betretende Behörde dienliche Maßregeln treffen, den Bewohnern der Friedrichstraße die gewohnte Ruhe zu erhalten.

In N. 15 der „Wage“ findet sich ein malitöses Inserat von einem *re. Steinbrink*, gerichtet gegen den Kaufmann *Stenneberg* in Bösingfeld.

Wenn dieser *Stenneberg* wirklich in „Harnisch“ gerathen ist gegen irgend, den augenblicklichen Umständen nach ihm wahrscheinliche, wenn auch nicht wirkliche Wahlumtriebe, so muß er, auch wenn es ihm nicht eigen ist die Worte auf die Goldwaage zu legen, bei jedem ehrlichen Manne als Ehrenmann gelten.

Nicht aber nur der dort angefochtene *Stenneberg*, sondern auch ich, sind, im Einverständnisse mit vielen Ehrenmännern, der festen Ueberzeugung, daß alle diejenigen, die bei so wichtigen Handlungen sich nur von persönlichen oder freundschaftlichen Rücksichten leiten lassen, nicht sowohl nach Jerusalem, als vielmehr dahin wo der Pfeffer wächst, wenn auch nicht zu peitschen, doch zu wünschen sind.

Wenn der *Steinbrink* seine Silbergrößen hätte sparen wollen — so würde man seinen Wisch nicht belächelt haben; er selbst aber würde einer ihm leicht eintretenden kleinen Verlegenheit leichter haben begehren können.

Barntrop.

Aug. Schröder.

Briefkasten.

Aus dem Lippischen »Beamtenschaft« betreffend: für die nächste Nummer. — Gedicht von J.: zur Aufnahme nicht geeignet. — Aus dem Lippischen im April, über den *pr. Zoll*, wird aufgenommen werden. — F. Berlin, 10. Mai, wird aufgenommen. — Gedicht: »durch Nacht, durch Blut zur Freiheit«, nicht geeignet. — »Gang der Rechtsfreistigkeiten im Ante *Stenneberg*«, wird aufgenommen. — F. Detmold, den 11. Mai: für die nächste Nummer. — J. Heiden, den 8. Mai wird aufgenommen. — »Auch der Jugend ihre Rechte: kann nicht aufgenommen werden. — Lage, den 8. Mai, von mehreren Volksfreunden: wird vorläufig zurückgelegt. — F. Lemgo, 12. Mai für die nächste Nr. Lemgo, den 13. Mai 1848.

(Hierbei eine Beilage.)

† **Detmold**, am 10. Mai. Die freie Presse ist noch jung: es kann deshalb wohl einmal sich ereignen, daß sie nach jugendlicher Weise ihre Schranken überschreitet; mag es nun sein, daß sich die jugendlich-frische Begeisterung über die Phrasen des gewöhnlichen und alltäglichen Lebens erhebt, mag es sein, daß eine egoistische Beschränktheit und ein beschränkter Egoismus sogar bis unter das Gewöhnliche herabsinkt. Das Letztere wird hoffentlich seltener vorkommen, als das Erstere; wenn aber Jenes eine ruhige, kalte Kritik, so erfordert Dieses eine ernste Mäße. Mag auch ein „geistesreicher“ und darum nach gewöhnlicher Schlußfolge ein „besonnenere“ Mann es sein, der jene Schranken überschreitet, — das kann uns, denen die Jugend an sich hie und da zum Vorwurf gemacht wird, in Erstaunen setzen, aber uns nicht verhindern, das zu thun, was der Ehre der freien Presse halber nothwendig ist.

In № 6 der „Waterl. Blätter“ findet sich unter der Rubrik „Inserat“ eine Erwiderung des Herrn Conrector Schnitger gegen einen Aufsatz des Herrn Dr. Leizmann. Der Leser wird sich an diesen Aufsatz in № 9 der „Wage“ erinnern; er enthielt eine allgemeinere Auseinandersetzung über den sogenannten Rechtsboden, den gesetzlichen Weg, und eine Widerlegung früherer Bemerkungen Schnitgers über das Stadtverordneten-Collegium in Lemgo. Die Gegenüberstellung in № 6 der „Waterl. Blätter“, unterzeichnet K. Schnitger, ist ein Product, das von persönlicher Erbitterung und Gereiztheit erzeugt scheint und fast Nichts als persönliche Angriffe gegen den Dr. Leizmann enthält. Es handelte sich vernünftiger Weise für Schnitger nur darum, die Sache zu widerlegen, die der Dr. Leizmann zur seinigen gemacht hatte. Er hat sich kaum die Mühe gegeben, das zu versuchen. Oder ob er, die Unmöglichkeit einsehend, die Sache zu widerlegen, seine Angriffe gegen die Person gerichtet hat! Die abstracte Geseßlichkeit, das historische Recht als solches oder der gesetzliche Weg, wie Leizmann es nennt, kann nur vertheidigt werden, wenn man all die großen Errungenschaften der letzten Monate verleugnet. Es giebt Etwas Höheres als die abstracte Geseßlichkeit: das ist der souveräne Wille eines freien und mündigen Volks. Der Souverainetät des Volks gegenüber hat das historische Recht als solches gar keine Geltung; die Geseße der Vergangenheit können nur ein bedingtes Ansehen haben, sofern sie eben vernünftig sind. Es ist ein eitles Schein — dieß Prunken mit der Geseßlichkeit. Der Herr K. Schnitger liefert uns den Beweis: höchst pathetisch giebt er Versicherungen über seine sehr legitime Lehrweise der Vergangenheit und Zukunft, — und in einem Athem erklärt er, daß es auch für ihn einen Punkt gebe, wo er den Boden der Geseßlichkeit verlassen, wo er Revolutionär werden müsse. Er theilt in der Hauptsache also die Ansicht seines Gegners: die Differenz scheint nur darin zu liegen, daß der Eine der beiden Herren den Punkt, wo die Geseßlichkeit aufhört, hierhin rückt, der andere ihm eine andere Stelle anweist. Leizmann hat in der Einleitung seines Artikels nur den allgemeinen Gedanken ausgedrückt, daß, wenn nur immer der Rechtlose sich sein Recht verschafft hat, er freilich nicht gesetzlich, aber doch vernünftig und gerecht handeln könne. Das beweist die Geschichte in tausend Beispielen. Ungeachtet sich waren Collectiv-Petitionen, Volks-Versammlungen und vollends — Barricaden: dadurch aber hat Deutschland, hat Frankreich in den Februar- und Märztagen seine Freiheit gewonnen; freilich auf ungesetzliche Weise. Mit den schreckenden Beispielen von Landesverräthern, von Dieben und Räubern läßt sich Jenes nicht widerlegen. Mit Versicherungen, man werde den historischen Boden der Geseßlichkeit nicht verlassen, läßt sich für den geschichtlich-gesetzlichen Boden Nichts beweisen. Mit der Behauptung: das sind Phrasen, widerlegt man nicht; man kommt durch solche unbewiesene Behauptungen in Verdacht, entweder — der Boswilligkeit, oder — des Unvermögens, den Inhalt der Worte zu fassen.

Die Frage des Conr. Schnitger, wie er im friedlichen Verkehr mit seinen Mitbürgern bei den friedlichen Beratungen der öffentlichen Angelegenheiten den Weg des Ge-

setzes und der Ordnung sollte verlassen können, — diese Frage ist gänzlich müßig; der Mann hätte sich aber ein Verdienst erworben, wenn er statt dessen dem Dr. Leizmann gegenüber nachgewiesen hätte, daß in Lemgo keine Ungeßlichkeiten, kein Verlassen der gesetzlichen Ordnung nöthig sei, daß die Wege der Geseßlichkeit und der Gerechtigkeit dort dieselben seien. Er hätte vielleicht tumultuarischen Auftritten vorgebeugt, wenn der Versuch ihm gelungen wäre. Den Versuch des Nachweises ist er seinem Gegner schuldig geblieben: das war schon wider sein eignes Interesse und wider das Interesse seiner Sache. Statt dessen macht der Conrector Schnitger, ohne auf den Kern der Sache einzugehen, Angriffe auf die Person des Dr. Leizmann, beruft sich auf Privatäußerungen desselben, Dinge aus alter Zeit ohne Beziehung zur vorliegenden Sache, um jenen als einen Liberalen von heute, als einen Mann von zweifelhafter politischer Gesinnung, von undankbarem Herzen gegen Lemgo darzustellen. Ich bin nicht im Stande ein entschiedenes Urtheil über den Character des Angegriffenen zu fällen, ich mag auch kein öffentliches Urtheil über die Persönlichkeit eines Menschen fällen, wo mich nicht die Umstände dazu nöthigen: aber die leidenschaftlichen Angriffe des Conrector Schnitger waren unnöthig. Unnötiger Weise den Privat-Character eines Mannes angreifen, den guten Ruf desselben antasten — das ist mindestens nicht edel. Die Person Leizmann's that im betreffenden Falle gar Nichts zur Sache; auf die Sache selbst ist Schnitger nicht eingegangen. Wenn derselbe sagt, er wisse nicht, daß er Jemanden beleidigt habe, so wird er nun wohl eine Ausnahme wissen.

*) Das Schelten auf die Verhältnisse Lemgo's war in früherer Zeit gewiß nicht unbegründet, das Interesse in der gegenwärtigen Zeit ist gewiß sehr natürlich.

†† **Derlinghausen**, 2. Mai. Es bestehen im hiesigen Orte zwei Schulen: die Küsterschule als Vorbereitungsschule und die Cantorschule, aus welcher die Schüler zur Confirmation entlassen werden. Die Schüler beider Schulen sollen an vierhundert betragen und es soll sich das Bedürfnis herausgestellt haben, noch ein Schullocal herzustellen. Die desfallsigen Bauten sind denn auch bereits in Angriff genommen, jedoch ist vielseitig der Wunsch laut geworden, daß dieselben unter den gegenwärtigen Verhältnissen, bei dem gänzlichen Daniederliegen des Leinenhandels, der für unsern Ort fast die einzige Erwerbsquelle ist, ganz eingestellt, oder doch wenigstens zur Zeit noch ausgesetzt werden möchten. Für eine gänzliche Verzichtleistung auf den Bau eines neuen Schullocals führt man eintheils die in Aussicht stehende Trennung einer Anzahl von Interessenten vom hiesigen Schulbezirke an, und andertheils, daß einem Theil der Schüler Nachmittags Unterricht ertheilt werden könnte. Ob dies letztere thunlich und zweckmäßig sein würde, darüber maßt Referent sich kein Urtheil an. — Es orponiren sich dem Vernehmen nach besonders die Einlieger gegen die Fortsetzung des Baues, indem ihnen nach § 7. der Verordnung vom 16. Mai 1827 ein nicht unbedeutender Theil der Baukosten, welcher auf die Hausmiethe gelegt ist, zur Last fallen würde. Nun ist zwar bereits dem Landtage eine Petition um Entbindung der Einlieger von den Schulbaukosten überhaupt, eingereicht, jedoch dürfte diese Entbindung im Wege der Geseßgebung vorerst wohl noch nicht erfolgen. In diesem Betrachtes ist die Absicht offenbart worden, die Stättebesitzer, welche Einlieger haben, zu veranlassen, freiwillig auf einen Beitrag der letztern zu fraglichen Kosten zu verzichten. Referent glaubt annehmen zu können, daß die Mehrzahl dieser Besitzer einen solchen Vorschlag nicht unbedingt von der Hand weisen wird, wie er selbst denn auch niemals seine Einlieger zu den Schulbaukosten hat beitragen lassen; kann sich aber nicht damit einverstanden erklären, daß den Colonen in dieser Beziehung von denjenigen Einwohnern vorgegriffen werde, die Einlieger entweder kein Ldbach geben können oder wollen und auf welche leicht der Fall des h. Crispin anzuwenden sein

würde, der Andern das Feder stahl, um den Bedürftigen Schuhe daraus zu machen. — Es gibt Einlieger, die besser gestellt sind, als ihre Hauswirth, welche die Schulen mehr benutzen als diese; die Generationen hindurch in ein und demselben Schulbezirke wohnen: solche von jeglichem Beitrage zu den Schulbaukosten auszuschließen, würde unbillig, nebenbei auch unpraktisch sein und von den wohlhabenderen Einliegern vielleicht auch nicht mal verlangt werden. Das Bedürfnis der Nichtbesitzenden, bei Andern zur Miete zu wohnen, liegt vor und wenn die durchgängige Befreiung derselben von Beiträgen zu Schulbaukosten erzwungen würde, so möchte dies leicht eine Erhöhung der Miete zur Folge haben. Der Ansicht des Referenten nach ist von der freien Rücksichtnahme der Hausbesitzer auf die Verhältnisse ihrer Einlieger mehr Heil für diese zu erwarten, als von einer Nöthigung der in Rede stehenden Art.

Im Uebrigen erscheint es, wenigstens für das platte Land, nicht angemessen zu sein, die Schulbaukosten bloß auf die Häuser zu repartiren. Sollen sie einmal eine persönliche Abgabe nicht sein, indem man nur die Besitzenden damit belastet, so muß unser Dazubehalten auch auf das Grundeigenthum ein Theil derselben gelegt, die Veranlegung der Schulbaukosten mithin nach Maßgabe der Contribution geschehen.

Am benachbarten Preussischen werden die Kirchen- und Schulbaukosten derart vertheilt, daß ein Theil derselben auf die Klassen: der andere, und zwar nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse der größte oder kleinste, auf die Grundsteuer geworfen wird, und da nun in diesem Staate die Einlieger Klassensteuer zahlen, so müssen sie auch zu den Kirchen- und Schulbaukosten beitragen.

Ehre dem redlichen Streben für das Wohl unserer Mitmenschen; aber Gerechtigkeit über Alles und Jedem das Seine!

(—) Vom Lande, den 7. Mai.

(Fortsetzung aus M 15.)

Wir erachten alle diese Bestimmungen in dem entschiedensten Widerspruch mit der Volks-Souveränität, welche wir als die einzige Möglichkeit der künftigen Verfassung Deutschlands zur Erreichung der Einheit und Freiheit derselben und zur Vermeidung des Bürgerkriegs erklären und verlangen.

Jene Rechte des Kaisers machen die im Artikel IV. des Entwurfs dem deutschen Volke zugestandenen Grundrechte zu leeren Worten; ihre Geltung ist durch den guten Willen des Kaisers und wenn dieser fehlt, wie er der Geschichte nach stets gefehlt hat und ferner fehlen wird, nur durch die Revolution bedingt; die Macht des Kaisers kann ein unübersehbares Unglück über Deutschland herbeiführen.

Daß im Entwurf vorgeschlagene Ober- und Unterhaus trennt wiederum die Interessen der Fürsten und des Volks; es schafft für jene Sonder-Interessen, während nur die volle Uebereinstimmung der Fürsten mit dem Volkswillen die Möglichkeit ihrer Erhaltung enthalten kann und darf.

Das Volk muß deshalb feierlich und ausdrücklich gegen eine solche Reichsverfassung protestiren und kann einen Vertreter nicht gebrauchen, welcher sie für sein Glaubensbekenntnis erklärt.

Eine seltsame Unvollständigkeit enthält der Verfassungsentwurf, welche wir zu rügen nicht unterlassen können.

Auf welche Weise soll der erste deutsche Kaiser — seine Nachfolger und deren Qualifikation sind durch die Kraft seiner Tugenden bedingt — creirt werden? Es scheint fast, als wenn die Vertrauensmänner dessen Einsetzung durch Gott eine Hoffnung haben, damit doch dem deutschen Volke der bisherige Nimbus seiner Unterthänigkeit und Pietät: das »Von Gottes Gnaden« nicht fehle.

Die Wahlcandidaten Prof. Schierenberg und Literat Althaus stellen in ihren Glaubensbekenntnissen Deutschlands Einigkeit und Freiheit als das Ziel ihrer Bestrebungen hin und wollen diejenigen Verfassungsformen bewirken, welche ihrer Ueberzeugung nach am geeignetsten sind, jenes Ziel zu erreichen. Sie verlangen für das Volk die gesetzgebende, für die Fürsten die vollziehende Gewalt; sie verwerfen mit

dem Volke den unverleichen und unverantwortlichen Kaiser, sei er erblich oder gewählt; sie finden in dem deutschen Parlament, gebildet durch die Vertretung der Volks-Deputirten unter einem von diesen gewählten verantwortlichen Präsidio, welches die Verhandlungen des Parlaments leitet, dessen Beschlüsse den Einzelstaaten zur Befolgung übermacht und diese überwacht, sowie in der dem Bunde der deutschen Staaten von diesen durch den Bundesvertrag gelobten Treue den Bestand des deutschen Reiches und die Garantie für die Ausführung der Beschlüsse des Parlaments; sie wollen selbstredend für das permanente Präsidium zur Zeit des nicht versammelten Parlaments die durch dieses zu bestimmenden nothwendigen Machtvollkommenheiten.

Die Wahl-Candidaten Schierenberg und Althaus waren demnach würdig und fähig als Vertreter bei der constituirenden National-Versammlung; wir freuen uns im Gefühl des gerechten Sieges der Wahl des ersten und bedauern, den zweiten nicht als Stellvertreter desselben zu besitzen. Möge jenem die Kraft seines Geistes und Körpers erhalten bleiben, um das ihm ertheilte Mandat bis zum Ende zu führen; es darf keine Stimme eines wahrhaft freien Deutschen bei dem großen Werke verloren gehen, wenn es gelingt, wenn Deutschland vor dem Bürgerkriege, der Anarchie und der völligen Auflösung bewahrt werden, wenn das Recht der Fürsten und des Volkes erhalten werden soll. Nur entschiedene, freie Männer, welche die constitutionelle Monarchie, mit vollem Zugeständnis der Volks-Souveränität als eine Nothwendigkeit der bestehenden Verhältnisse erstreben, können den innern Frieden Deutschlands erhalten; während die Beförderer der Reaction, die Organe der Unfreiheit, das Vaterland verrathen und unsägliches Unglück schaffen!

F Berlin, den 1. Mai. Potsdamer-Thor-Wache. — Kaum zwei Tage hier, nimmt mich sogleich, wie Sie sehen, der Dienst als Nationalgardist in Anspruch. Die Bürger sind heute mit den Urwahlen für das Frankfurter Parlament beschäftigt, und wir, die wir nicht Wähler sind, müssen die Wachen beziehen, um die Ruhe der Stadt zu erhalten. Man fürchtet einen Aufstand für heute und die Angst des Weißbierphilisters und aller derer, welche in der Barrikadennacht hinter den Fen geessen haben und nun als die einzig Weisen und Reifen sich einbilden, die Früchte der Umwälzung allein genießen zu können, ist zum Lachen groß, vielleicht ist es das böse Bewusstsein, welches den conservativen Herren sagt, daß doch noch nicht Alles so ganz richtig und gerecht sei, wie sie für gut befunden, es einzurichten. Eine große Anzahl von Staatsbürgern, denn so muß man auch die nennen, welche durch den Fleiß ihrer Hände allein schon das Meiste zum Bestehen des Staates beitragen, ist in dem neuen Wahlgesetze nicht vertreten, und nun fürchtet man einen Aufstand von dieser Seite. Besonders der »constitutionelle Klub«, in welchem eine Anzahl Herren das größte Wort führt, die mit hohen Worten und Redensarten dem Volke Sand in die Augen streuen zu können vermessen, ist stark in böswilligen Insinuationen gegen die Partei des Volkes und sucht den »politischen Klub« und die öffentlichen Volksversammlungen in den Zelten auf alle Weise als Aufwiegler und, wie die ehrsamten Blätter sich ausdrücken, als »Bühler« zu verächtigen. Diese Herren sind es, welche die Freiheit allerdings für sich beanspruchen, aber sie dem Volke, das für sie arbeitet, so gern vorenthalten mögen; diese Herren sind es, welche von Vorbeern auf den weichen Sesseln eines Parlaments der Reichen zu träumen wagen, aber dem Arbeiter, dem Armen, der von der Hand in den Mund lebt, keine andere Stellung gestatten wollen, als die demüthig bittende und duldende zu ihren Füßen; diese Herren sind es endlich, die es verstanden haben, eine vollständige Revolution zu hintertreiben, die am Abend des 19. März, als die Kanonen verstummt waren, aus ihren Winkeln hervorkrochen und, mit dem Symbol der Freiheit, der deutschen Tricolore, Kinderspiel treibend, nur nach Frieden und Ruhe schrien, die vor der Revolution für ihre Feuerscheiben und Kramstände fürchteten.

(Fortsetzung folgt.)